

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gibt zu Protokoll, dass die Ratsmitglieder Rosenbaum, Schmidt und Diehl gemäß §22 GemO ausgeschlossen seien.

Rm Scherhag (CDU) informiert, der Ortsbeirat habe der Angelegenheit zugestimmt. Der geplante Bau der beiden Gebäude sei verträglich. Die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde sei hingegen nicht verständlich. Da die CDU- Fraktion keinen Eingriff sehe, werde sie der Beschlussvorlage zustimmen.

Rm Lehmkühler (SPD) erörtert die Problematik der Abstimmung im Ortsbeirat. Die Entscheidung sei nicht mehrheitlich gewesen und hätte wiederholt müssen. Zudem sei zu Beginn über ein Grundstück gesprochen worden, welches dem Antragsteller gar nicht gehört habe. Er werde die Vorlage ablehnen.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich gegen die Änderung aus. Bisherige Änderungen seien seiner Meinung nach auch schon fehlerhaft gelaufen.

Rm Baum (FBG) erklärt, er werde zustimmen. Die Änderung entspreche dem Masterplan. Die Nahverdichtung des Ortsteils sei wesentlich besser als eine Neuerschließung.

Rm Scherhag (CDU) stellt klar, dass die Beratungen im Ortsbeirat ordnungsgemäß gewesen seien. Zu Anfangs hatten Betroffenen mitgestimmt. Bei einer Wiederholung wurden diese ausgeschlossen und der Ortsbeirat habe mehrheitlich zugestimmt. Er bittet um Zustimmung.

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann erwidert, dass Stadtentwicklung eine gesamtheitliche Betrachtung benötige. Wenn die Vorlage heute durchgehe, würden ähnliche Fälle beantragt. Man habe nicht nur Verantwortung für neue Baugebiete, sondern auch für Bestehende. Die Natur dürfe hier nicht zerstört werden.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) ist empört, dass hier intakte Natur unter neuen Häusern begraben werden solle. Der Ortsbeirat habe doch nur zugestimmt, weil so viele Personen an der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen gewesen seien.

Rm Scherhag (CDU) erwidert, es handele sich nicht um intakte Natur, sondern um ein einzelnes Grundstück, dass zudem nach drei Seiten hin umbaut sei.

Rm Assenmacher (CDU) gibt zu bedenken, dass für den Wohnraum in Koblenz ein grundsätzliches Problem bestehe. Es müsse dem Wunsch nach Neubauwohnungen nachgekommen werden. Er werde der Vorlage zustimmen.

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke möchte sich versichern, ob bei den Beratungen im Ortsbeirat alles ordnungsgemäß abgelaufen sei. Dies bejahen Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig und Beigeordneter Prümm.

Rm Altmaier (SPD) nimmt Bezug auf die Wortmeldung von Rm Assenmacher (CDU). Kommunale Unternehmen sollten kommunal bleiben, damit bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden könne.

Rm Krebs (FBG) kann die Argumentation, des Eingriffs in die Umwelt nicht nachvollziehen, da das Grundstück bereits an drei Seiten umbaut sei.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer bittet darum, demnächst früher über das Ergebnis im Ortsbeirat zu unterrichtet zu werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, es habe eine mündliche Unterrichtung gegeben.

Beigeordneter Prümm ergänzt, der Fachbereichsausschuss IV sei über die mehrheitliche Zustimmung des Ortsbeirates informiert worden.